

Sascha Stanicic

Aktionseinheit, Bündnispolitik und neue Arbeiterpartei

*Stellungnahme der SAV zur Broschüre des RSB
„Vereinigen oder spalten?“*

SAV **Sozialistische**
Alternative

Inhaltsverzeichnis

Vereinigen oder Spalten?_____	3
Vereinigung, Aktionseinheit, Bündnis oder Arbeiterpartei?_____	5
Aktionseinheit und Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionen_____	5
(Wahl-)Bündnisse_____	6
Neue linke Parteien_____	6
Neue Massenparteien der Arbeiterklasse_____	7
Vereinigung revolutionärer Organisationen_____	7
Bisherige Erfahrungen der Einheitsfrontarbeit bei RSB und SAV_____	9
Beispiel Euromärsche_____	9
Beispiel Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE_____	11
Beispiel Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di_____	12
Beispiel Socialist Alliances in England_____	13
Schlussbemerkung_____	16

Impressum

Herausgeber und Vertrieb: Sozialistische Alternative (SAV), Berlin
erschieden im März 2002

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Nachbestellungen bei:

SAV, Littenstraße 106/ 107, 10179 Berlin

Tel. (030) 24723802, Fax (030) 24723804

Email: info@sav-online.de

Internet: www.sav-online.de

Bankverbindung:

Sozialistische Alternative, Kontonummer: 2500 59 - 430

bei der Postbank Essen (BLZ 360 100 43)

Ende Januar erhielt die SAV-Bundeszentrale die Broschüre des RSB „Vereinigen oder Spalten?“. Im Einleitungstext von Daniel Berger heißt es darin: „*Wir wenden uns an diese (SAV und Linksruck, Anmerkung des Verfassers) und alle anderen revolutionären sozialistischen Organisationen mit dem Angebot, die vor uns stehenden Aufgaben; gerade nach dem 11.September – gemeinsam anzupacken, nämlich dort, wo gemeinsames Handeln dringend geboten erscheint.*“

Die Zusendung der Broschüre war nicht mit einem Begleitbrief verbunden, der praktische Vorschläge für eine mögliche Zusammenarbeit gemacht hätte. Gleichzeitig enthält der Text aber eine scharfe Kritik an der Arbeit der SAV, die zum Teil auf Fehldarstellungen unserer Arbeit beruht, vor allem aber nicht ausgeführt und politisch begründet wird. Uns drängt sich leider der Eindruck auf, dass der RSB mit seiner Broschüre nur Propaganda für eine Zusammenarbeit der Linken betreibt, in der Hoffnung sich selbst damit als die konstruktive, nicht-sektiererische Kraft in der revolutionären Linken darstellen zu können – ohne aber Schritte für eine konkrete Zusammenarbeit vorzuschlagen. Wir halten diese Methode für problematisch und kontraproduktiv.

Wir stimmen aber darin überein, dass Antworten gegeben werden müssen auf die Frage der Zersplitterung der Linken und die Frage einer möglichen Zusammenarbeit. Wir wollen mit dieser Stellungnahme – so kurz wie möglich – versuchen, unsere Herangehensweise an die Frage darzustellen und die konkrete Kritik des RSB an unserer Politik zu beantworten. Gleichzeitig werden wir darstellen, dass der RSB seinem selbstgesteckten Anspruch von konstruktiver Zusammenarbeit und Einheitsfrontarbeit sowohl bei den Euromärschen, als auch im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und den Verhandlungen zur Kandidatur der Demokratischen Linken in Berlin nicht gerecht wurde. Gleichzeitig fordern wir die GenossInnen des RSB auf, unsere Antwort auf ihrer Website all jenen zugänglich zu machen, die die in ihrem Text enthaltenen Anschuldigungen gegen die SAV gelesen haben und konkrete Vorschläge folgen zu lassen.

1. Vereinigen oder Spalten?

Der Titel der RSB-Broschüre ist irreführend. Im Umkehrschluss besagt er, dass eine Nichtvereinigung sozialistischer Kräfte einer Spaltung gleichkommt. Damit widerspricht er zwar einigen Aussagen der Broschüre (wobei sich Aussagen der verschiedenen Texte in der Broschüre außerdem widersprechen), nährt damit aber die Gefahr einer einseitigen und vereinfachten Herangehensweise an die Frage des Wiederaufbaus der Arbeiterbewegung und der Schaf-

fung einer revolutionär-sozialistischen Massenpartei in der Zukunft. Wie wir später erklären werden, liegt diese einseitige Methode auch bei der Politik der ISG (britische Schwesterorganisation des RSB) in Bezug auf die Socialist Alliance in England vor.

Die grundlegende Schwäche des Textes des RSB und der ISG ist das Versäumnis, die Frage der Zusammenarbeit linker beziehungsweise revolutionär-sozialistischer Kräfte ausreichend in den Zusammenhang der allgemeinen Prozesse von Klassenkämpfen, Bewusstseinsentwicklung und Selbstorganisation der Arbeiterklasse zu stellen.

Letztlich handelt es sich um eine sektiererische Perspektive, die zwar über den Tellerrand der eigenen Organisation hinausgeht, um dann aber ganz im Rahmen der bestehenden „revolutionären Linken“ zu verharren.

Sicher kann man die Zersplitterung der revolutionären Linken (wie auch der Arbeiterbewegung insgesamt) als eine historische Tragödie auffassen. Das ist aber nicht gleichbedeutend damit, dass diese keine politische Rechtfertigung habe. Der ISG-Text sagt, die „sektiererische Spaltung der britischen revolutionären Linken“ sei schädlich. Ist eine Vereinigung also in jedem Fall ein Fortschritt (und gilt diese Aussage auch für Deutschland)?

Nicht zuletzt die Erfahrung der VSP zeigt, dass eine Vereinigung auf prinzipienloser Grundlage, also ohne eine programmatische und methodische Übereinstimmung in den zentralen politischen Fragen in die Katastrophe führt und äußerst schädlich ist, weil sie Illusionen in einen falschen Weg zum Aufbau der revolutionären Partei schürt, die Kader falsch erzieht und die Fähigkeit in den Klassenkampf einzugreifen untergräbt.

Die Existenz verschiedener Organisationen, die sich auf den Marxismus berufen (und oftmals auf den ersten Blick identische oder zumindest ähnliche Positionen vertreten), hat ihre Basis in bedeutenden Unterschieden in Bezug auf Programm, Analyse, Perspektiven, Organisationsverständnis und Methoden. (Sie ist letztlich auch nur auf der Basis der Geschichte der Arbeiterbewegung – der Dominanz derselben durch reformistische Sozialdemokratie und Stalinismus – zu verstehen, worauf wir aber hier nicht im Detail eingehen können). Der Kampf für den Aufbau einer revolutionären, marxistischen Partei ist vor allem und zuerst der Kampf für politische Klarheit. Dies gilt umso mehr für eine Situation, in der erstens in der Arbeiterbewegung weiterhin eine große politische Verwirrung und Unklarheit herrscht und zweitens die Kräfte, die sich auf den Marxismus berufen sehr schwach sind, nur eine begrenzte Verankerung in der Arbeiterklasse haben und den Test des Klassenkampfes erst noch bestehen müssen. In revolutionären Massenorganisationen würde sich die Frage sicher anders stellen, aber in der heutigen Situation würde ein vorschnelles und prinzipienloses Zusammengehen nur zu Läh-

mung und neuen Spaltungen führen, wie wir es in der Geschichte der revolutionären Linken immer wieder beobachten mussten. Grundlage einer Diskussion über verstärkte politische Kooperation (die über Aktionseinheit hinaus geht) beziehungsweise Fragen von Vereinigungen muss aber eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der anderen Organisation sein, wie wir sie mit unserer Broschüre „Welcher Weg zum Sozialismus?“ mit Linksruck/IST betrieben haben (deren Schlussfolgerungen, trotz der weiteren Veränderungen in der Linksruck/IST-Politik, weiterhin gelten).

2. Vereinigung, Aktionseinheit, Bündnis oder Arbeiterpartei?

Leider herrscht in der RSB-Broschüre eine völlige Verwirrung über die Frage, worum es eigentlich geht. Um die Vereinigung revolutionärer Organisationen (schließlich stellt die ISG die Perspektive auf, in die SWP einzutreten)? Um Zusammenarbeit in Form von Aktionseinheiten (also mit allen linken Kräften in bestimmten Kämpfen, Kampagnen oder breiteren Strukturen)? Um die Schaffung von dauerhaften (Wahl-)Bündnissen (wie im Fall der Socialist Alliance in England)? Um die Bildung neuer linker Parteien mit breitem Charakter (wie im Falle der SSP in Schottland)? Um die Schaffung von neuen Massenparteien der Arbeiterklasse? Eine Klärung der Frage, worum es eigentlich genau geht, ist eine wichtige Voraussetzung für die vom RSB vorgeschlagene Diskussion und Kooperation. Die SAV hat zu diesen Fragen eine klare Haltung herausgearbeitet:

a. Aktionseinheit und Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionen

Wir stehen für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, im Kampf für Reformen und für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Die Anwendung der Einheitsfrontmethode ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.

Ohne das Thema hier auszuführen beinhaltet die Einheitsfrontmethode die Teilnahme an Aktionseinheiten, sei es in Form von Streikkomitees, vorübergehenden Kampagnenstrukturen oder auch dauerhafteren Strukturen, wie ATTAC eine ist. Hier kommen wir mit anderen Kräften zur Erreichung bestimmter Ziele zusammen und arbeiten gleichberechtigt und konstruktiv mit. Aktionseinheiten zu bestimmten Forderungen müssen die größtmögliche Zahl von ArbeiterInnen und Jugendlichen vereinigen. Sie haben nichts mit dem Zusammenkommen revolutionärer Organisationen in Umgruppierungsprozessen zu tun.

Die wichtigste Einheitsfrontorganisation der Arbeiterklasse sind die Gewerkschaften. Wir arbeiten in den Gewerkschaften und bauen sie auf. Aufgrund der Bürokratisierung der Gewerkschaften und der rechten Politik ihrer Führungen treten wir für den Aufbau innergewerkschaftlicher Oppositionen ein, die eine programmatische, taktische und personelle Alternative zu den jetzigen bürokratischen Führungen entwickeln sollen.

b. (Wahl-)Bündnisse

Bündnisse mit anderen sozialistischen Kräften zur Durchführung bestimmter Kampagnen oder Etablierung einer längerfristig angelegten Zusammenarbeit können sinnvoll sein. Sinn und Unsinn hängt aber von der konkreten Situation ab. Wir machen solche Bündnisse nicht zu einem Selbstzweck. Nur wenn sie die Fähigkeit des Eingreifens mit klaren sozialistischen Positionen in den Klassenkampf erhöhen, ergibt sich ein Sinn. Vor allem die Beteiligung sozialistischer beziehungsweise antikapitalistischer Kräfte bei Parlamentswahlen bieten eine Gelegenheit für die Schaffung von solchen Bündnissen. Die SAV hat in den letzten Jahren in verschiedenen Städten die Initiative zur Bildung linker Listen bei Kommunalwahlen ergriffen. Dazu gehörten Köln, Aachen, Stuttgart, Berlin. In einigen Fällen sind solche Wahlbündnisse entstanden, in anderen waren die politischen Differenzen der beteiligten Gruppen zu groß und die Ansätze sind gescheitert.

Der RSB hat zumindest in Berlin eine sektiererische Haltung gegenüber dem Versuch ein breites linkes Wahlbündnis zu den Abgeordnetenhauswahlen 2001 auf die Beine zu stellen, eingenommen. SAV, Demokratische Linke und andere Kräfte waren in Berlin zusammengekommen, um eine Kandidatur links von der PDS zu erreichen, die sich eindeutig gegen Sozialabbau, Entlassungen, Privatisierungen und für ein weitgehendes kommunales Reformprogramm einsetzte. Der RSB beteiligte sich zwischenzeitlich an den Verhandlungen, um dann seine Unterstützung mit der Begründung zurückzuziehen, es handele sich nicht um ein Bündnis revolutionärer Kräfte.

c. Neue linke Parteien

In einigen Ländern sind Wahlbündnisse beziehungsweise neue Parteien auf der Linken entstanden, die einen dauerhaften Charakter angenommen haben und eine gewisse Verankerung in der Arbeiterklasse erreichen konnten. Jedes dieser Phänomene ist gesondert zu betrachten und zu analysieren: Die Rifondazione in Italien, die Vereinigte Linke in Spanien, der portugiesische Linksblock oder die Schottische Sozialistische Partei (SSP). Während wir zum

Beispiel die Rifondazione aufgrund ihrer speziellen Geschichte und ihres Massenanhangs als eine Massenpartei der Arbeiterklasse bezeichnen, halten wir Phänomene wie den Linksblock oder die SSP nur für mögliche Ausgangspunkte für eine zukünftige neue Arbeiterpartei. In allen Fällen arbeiten unsere GenossInnen in solchen Parteien mit und haben sie im Falle der SSP mitbegründet. Wir betrachten solche Formationen aber nicht als Ersatz für die revolutionäre Organisation und treten für das Recht aller Organisationen ein, ihre Strukturen, Publikationen und Propaganda auch in solchen neuen linken Parteien aufrecht erhalten zu können.

d. Neue Massenparteien der Arbeiterklasse

Der Erfolg einer sozialistischen Revolution hängt letztlich von der Existenz einer erfahrenen revolutionär-sozialistischen Massenpartei ab. Eine solche Partei aufzubauen ist unser Ziel. Wir gehen nicht davon aus, dass sich die SAV in einem linearen Prozess in eine solche revolutionäre Massenpartei entwickeln wird und wir gehen nicht davon aus, dass die Masse der Arbeiterklasse auf einem direkten Weg von ihrem jetzigen Bewusstseins- und Organisationsgrad zu einem revolutionären Bewusstsein und einer revolutionären Partei findet. Reformistisches Bewusstsein und breite Arbeiterparteien sind notwendige Zwischenstufen für die Masse der Arbeiterklasse auf ihrem Weg zu revolutionären Schlussfolgerungen. Deshalb wirft die SAV die Parole des Aufbaus einer neuen Arbeiterpartei auf. In einer solchen neuen, unabhängigen Massenpartei von ArbeiterInnen sehen wir einen enormen Fortschritt zur heutigen Situation, in der die Arbeiterklasse keine starke eigene politische Vertretung hat. Während wir dafür eintreten, dass eine solche Partei ein sozialistisches Programm annimmt, machen wir das nicht zur Bedingung für unsere Unterstützung einer solchen Partei. Wir gehen davon aus, dass neue Arbeiterparteien nur aus großen Ereignissen und Klassenkämpfen heraus geboren werden können und es auf dem Weg dorthin zur Bildung vieler Zwischenformationen, die einen begrenzten Charakter haben werden, kommen kann.

e. Vereinigung revolutionärer Organisationen

Die Frage der Vereinigung der bestehenden revolutionär-sozialistischen Kräfte ist in erster Linie eine politische Frage, wie wir schon ausgeführt haben. Die SAV und das CWI ist offen für Diskussionen und Debatten mit anderen Kräften, die sich auf den Marxismus berufen. Wir haben solche Diskussionen in den letzten Jahren mit vielen der bestehenden Organisationen des revolu-

tionären Marxismus in Deutschland und international geführt. Eine Vereinigung kommt nur in Frage, wenn eine Übereinkunft in den wichtigen prinzipiellen Fragen gefunden werden kann. Dabei gehen wir nicht von einer hundertprozentigen Übereinstimmung mit den Positionen von SAV/CWI aus. Wir sind bereit dazu zu lernen und eigene Positionen in Frage zu stellen. In einigen Fällen haben solche Diskussionen auch zum Eintritt von Marxistinnen aus anderen Traditionen in das CWI geführt. In ihrer Mehrzahl hat sich bei diesen Diskussionen aber gezeigt, dass Differenzen bestehen, die zum jetzigen Zeitpunkt einer Vereinigung im Wege stehen. Dies kann sich auf der Basis von Ereignissen und Erfahrungen im Klassenkampf ändern, muss aber zu einem späteren Zeitpunkt bilanziert werden. Auch im Falle des RSB halten wir eine Diskussion über ein mögliches Zusammengehen unserer beiden Organisationen für nicht angebracht, zu groß sind verschiedene Differenzen in Analyse, Methode und Programm. Gespräche zwischen unseren Organisationen sollten deshalb nur mit klar definierter Zielsetzung geführt werden. Diese ist unserer Meinung nach: Die Förderung von örtlicher Aktionseinheit durch mögliche gemeinsame Initiativen unserer Organisationen und eventuell eine strukturiertere Zusammenarbeit in der Gewerkschaftslinken, bei ATTAC und anderen Strukturen, falls wir uns auf gemeinsame politische und strategische Vorschläge einigen können.

Wie wir ausgeführt haben, kann die Frage nicht losgelöst vom Stand der Klassenkämpfe, des Bewusstseins der Arbeiterklasse und natürlich auch dem Zustand der existierenden revolutionären Kräfte behandelt werden. Heute ist aus verschiedenen Gründen in anderen Ländern mehr möglich, als in Deutschland. Was in Deutschland möglich ist, sollte aber umgesetzt werden und darf nicht an kleinlicher Engstirnigkeit oder Sektierertum scheitern. Wobei wir den wichtigsten Ansatz zur Zeit in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, und hier insbesondere im sprunghaften Wachstum der Organisation ATTAC sehen. Leider ist eine klare Haltung des RSB, trotz seiner Kritik an der Arbeit von Linksruck innerhalb von ATTAC, nicht zu erkennen. Wir haben in verschiedenem Material und durch unsere praktische Tätigkeit unsere Haltung gegenüber ATTAC klar gemacht. SAV-Ortsgruppen und -Mitglieder sind innerhalb von ATTAC aktiv und versuchen die Organisation als zur Zeit wichtigsten organisierten Ausdruck der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung aufzubauen. Wir arbeiten konstruktiv mit und respektieren den pluralistischen Charakter von ATTAC und die bestehenden Strukturen. Wir erkennen an, dass ATTAC zur Zeit weder sozialistisch noch explizit antikapitalistisch ist, bringen aber politisch weitergehende Vorschläge in die Diskussionen und Aktionen von ATTAC ein und werben innerhalb von ATTAC für sozialistische Analysen und Ideen.

Bei aller Bedeutung von verschiedenen Formen der Zusammenarbeit bleibt aber auch bestehen, dass die zentrale Aufgabe die Stärkung der revolutionären Organisation und das direkte Eingreifen im Klassenkampf ist. Mit einer korrekten marxistischen Methode sind dies keine Widersprüche, sondern sich ergänzende Komponenten.

3. Bisherige Erfahrungen der Einheitsfrontarbeit bei RSB und SAV

Der RSB beschäftigt sich angeblich mit SAV und Linksruck, weil dies die Schwesterparteien der größten Mitgliedsorganisationen der Socialist Alliance in England sind. Das ist ein mehr als zweifelhafter Ansatz, wenn es doch um die Perspektiven für die Zusammenarbeit in der BRD gehen soll. Dabei ist es aus anderen Gründen richtig, sich mit SAV und Linksruck zu beschäftigen, denn diese sind (trotz Spaltung und Krise des Linksruck) die beiden größten, einflussreichsten und dynamischsten Organisationen des revolutionären Sozialismus in Deutschland, welche beide eine Orientierung auf die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung haben und, bei Linksruck zumindest in Worten, eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mitbringen.

Wir wollen hier aber auch auf unsere bisherigen Erfahrungen der Zusammenarbeit mit dem RSB und auf die gegen uns gerichtete Kritik eingehen. Wir stimmen absolut mit der Aussage überein *„Linke Politik muss offen, ehrlich und transparent sein, und zwar gegenüber allen beteiligten, ganz besonders gegenüber denjenigen, die mensch, direkt oder indirekt in ein ‚Partei-projekt‘ einbindet.“*

Wir können die Kritik, die der RSB - aus unserer Sicht unbegründet – an uns richtet, aber leider nur erwidern. In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, dass wir 1996 auf den RSB zugegangen sind, um einen politischen Diskussionsprozess und praktische Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen zu eröffnen. Aus unserer Sicht ist dies damals beim RSB auf keine Begeisterung und konstruktive Antwort gestoßen.

Beispiel Euromärsche

Der RSB und seine Internationale (Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale) spielten eine wichtige Rolle bei den 1996 ins Leben gerufenen Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung. Die SAV hat sich von Beginn an engagiert an den Euromärschen beteiligt und an lokaler Arbeit, nationalen und internationalen Konferenzen teilgenommen und zu den Großdemonstrationen 1997 in Amsterdam und 1999 in Köln mobilisiert. Wir hatten damals dem RSB gegenüber die Möglich-

keit der Zusammenarbeit als revolutionäre Kräfte innerhalb der Euromärsche aufgeworfen, darauf aber nie eine Antwort erhalten.

Tatsächlich sind unterschiedliche Methoden unserer Organisationen deutlich geworden. Die Euromärsche wurden vom RSB als ein mehr oder weniger informelles Bündnis verschiedener bestehender Gruppen verstanden. Es gab und gibt keine nachvollziehbaren demokratischen Strukturen und es wurden kaum Versuche unternommen, neue, nicht anderweitig organisierte AktivistInnen dauerhaft einzubeziehen.

Auf der Euromarsch-Konferenz 1998 gab es eine politische Differenz zur Frage des Euro. Die SAV trat für eine Positionierung der Euromärsche gegen den Euro ein, während RSB-Mitglieder dagegen argumentierten, mit der Begründung, eine solche Positionierung würde Teile der Gewerkschaftsführung abschrecken. Von Seiten der RSB-Mitglieder und anderer wurde dann die Ansicht vertreten, die Konferenz könne keine Beschlüsse fällen, da die TeilnehmerInnen nirgends gewählt worden seien. In letzter Minute wurde dann eine Erklärung herbeigezaubert, die der Konferenz zur Abstimmung vorgelegt wurde, ohne dass sie ausführlich hatte diskutiert werden können. Ein solches Vorgehen kann kaum als „offen, ehrlich und transparent“ bezeichnet werden, sondern ist letztlich politische Trickserei. Bei der internationalen Euromarsch-Konferenz 1999 in Köln wurden Anträge, die wir im Vorfeld schriftlich an das Organisationsbüro gerichtet hatten nicht kopiert und an die TeilnehmerInnen verteilt. Das Präsidium der Konferenz wurde genauso wenig gewählt, wie die Kommission, die die Konferenzklärung erarbeitete. Als wir eine Solidaritätserklärung gegen Angriffe auf linke AktivistInnen in Sri Lanka einbringen wollten, wurde dies von zwei Mitgliedern des Vereinigten Sekretariats (in diesem Fall keine RSB-Mitglieder) im Präsidium der Konferenz verhindert.

Wir treten in Bündnissen, wie den Euromärschen für transparente und demokratische Strukturen ein. De facto gab es aber eine informelle Herrschaft verschiedener Kräfte, zu denen RSB und VS gehörten. Ein anderes Merkmal der Mitarbeit des RSB in breiteren Strukturen ist, dass ihre Mitglieder nicht offen und ehrlich darauf hinweisen, dass sie Mitglieder des RSB sind. Diese Erfahrung mussten wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten machen. Das ist unserer Meinung nach Täuschung von anderen in solchen Strukturen aktiven Menschen und dient nicht zum Aufbau von Vertrauen, sondern Misstrauen. Wir werden im nächsten Absatz auf die Entwicklung von JRE eingehen, für die uns der RSB so scharf kritisiert. Bezüglich der Euromärsche wollen wir aber die Frage aufwerfen, wo diese heute sind? Sie existieren allenfalls als Name und Banner, aber nicht als eine lebendige und handlungsfähige Struktur – und das, obwohl die von den Euromärschen besetzten Themen an

Bedeutung zugenommen haben und die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung ein ideales Arbeitsfeld wäre.

Beispiel Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE

In den wenigen Sätzen, die der RSB über die Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) schreibt, offenbart sich die völlige Unwissenheit und das Unverständnis des RSB über das JRE-Projekt. Vor allem wird die JRE-Erfahrung nicht in den politischen Zusammenhang der antifaschistischen Massenbewegung von 1992-94 und der allgemeinen Lage nach der kapitalistischen Konterrevolution 1989-91 gestellt. Ohne darauf hinzuweisen, dass JRE in diesem Zeitraum das erfolgreichste linke antirassistische Projekt war, wird ohne eine wirkliche Beweisführung behauptet, das Ende von JRE sei auf die Rolle der SAV zurückzuführen (ohne wenigstens ehrlicher Weise zu sagen, dass vielleicht auch der Erfolg von JRE auf die Rolle der SAV zurückzuführen ist). Eine wahrlich politische Methode!

JRE wurde 1992 von den europäischen Sektionen des CWI als eine Jugendkampagne zur Durchführung einer internationalen Antirassismusedemonstration ins Leben gerufen. Die Demonstration am 24. Oktober 1992 in Brüssel war mit 40.000 TeilnehmerInnen (über 5000 aus Deutschland) ein riesiger Erfolg und es setzte ein enormer Zulauf zu den örtlichen JRE-Treffen ein. Daraufhin haben wir eine bundesweite Konferenz durchgeführt, die JRE als eine demokratisch aufgebaute, antikapitalistische Antirassismus-Organisation gründete. Dabei haben wir vom ersten Tag ehrlich darauf hingewiesen, welche Rolle die VORAN-Gruppe (Vorgängerorganisation der SAV bis 1994) bei der Gründung von JRE gespielt hat. Gleichzeitig haben wir demokratische Strukturen geschaffen, wurden alle Gremien gewählt und waren jederzeit abwählbar, konnten sich alle JRE-Mitglieder und Gruppen schriftlich und mündlich auf allen Ebenen äußern, gab es jährliche demokratische Konferenzen und wurde allen Kräften die Mitarbeit ermöglicht, die mit dem JRE-Programm übereinstimmten. JRE war kein Parteaufbauprojekt, das entspräche auch nicht unserer Methode. JRE war letztlich eine Ein-Punkt-Einheitsfrontorganisation mit starkem Bewegungskarakter. Dabei wurde niemals die Illusion verbreitet JRE könne alle, die etwas gegen Faschismus machen wollen, organisieren. Schließlich hatte JRE ein antikapitalistisches Programm, wendete Methoden der direkten Konfrontation von Faschisten an und definierte sich klar als linker Teil der breiteren Antifaschismus-Bewegung. Aber JRE lebte per definitionem von der breiteren Bewegung. Und ab 1995 gab es eine grundlegend veränderte Situation, da die antifaschistische Bewegung aus verschiedenen Gründen eine Ende fand. Das führte zwangsläufig zu Problemen für die

JRE-Gruppen. Viele vorherige AktivistInnen verstanden die veränderte Lage nicht, sahen nicht mehr die Notwendigkeit beziehungsweise Möglichkeit, gegen die Faschisten aktiv zu sein, waren durch den Rückgang der Bewegung (ein objektiver Faktor!) frustriert und verloren zum Teil das Vertrauen in die Mobilisierbarkeit breiterer Teile der Jugend und der Arbeiterklasse und wendeten sich autonomen und individualistisch-kleinbürgerlichen Ideen zu. Viele waren in diesem Prozess in die SAV eingetreten und viele der heutigen führenden SAV-Mitglieder wurden in dieser Phase gewonnen. Wir entschieden uns damals dagegen, JRE als eine Phantomorganisation fortzuführen, die zu 90 Prozent von SAV-Mitgliedern getragen wird (soviel zum Thema Ehrlichkeit!) und wendeten uns anderen Themen zu, die eine größere Aktualität gewonnen hatten. In diesem Zusammenhang sei aber die Frage erlaubt, was die RSB-Mitglieder in diesem Zeitraum gemacht hat und weshalb sie sich nicht an dem JRE-Projekt beteiligt haben.

Beispiel Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di

Im Falle des Netzwerks kann es sich eigentlich nicht um Unwissenheit auf Seiten des RSB handeln, obwohl die Tatsache, dass nicht einmal der richtige Name bekannt ist (es wird vom Netzwerk für eine kämpferische und solidarische Verdi geschrieben) darauf schließen lassen könnte. Ob es sich aber um Unverständnis oder mutwillige Verleumdung handelt, können wir nicht beurteilen. Die Wahrheit über das Netzwerk sieht aber reichlich anders aus, als in den elf Zeilen der RSB-Broschüre dargestellt. Es ist eine besondere Dreistigkeit des RSB zu behaupten, die SAV betreibe das Netzwerk ohne Zusammenarbeit mit anderen Linken. Der RSB war von Beginn an durch uns eingeladen am Aufbau des Netzwerks mitzuwirken und hat sich auch anfangs daran beteiligt. Ein RSB-Mitglied wurde sogar auf Vorschlag von SAV-Mitgliedern in den ersten Sprecherrat des Netzwerks gewählt. Kontinuität und Konstruktivität war aber nicht die Stärke der im Netzwerk aktiven RSB-GenossInnen. Tatsache ist auch, dass der RSB versuchte mit einem sektiererischen schriftlichen Angriff gegen die SAV das Netzwerk zur Spielwiese für Gerangel zwischen sozialistischen Gruppen zu machen, worauf wir nicht eingegangen sind. Ohne Angabe von Gründen wurde dann die Mitarbeit beendet. Wie wir später durch ein führendes RSB-Mitglied erfahren haben, gab es aber unter den RSB-GewerkschafterInnen unterschiedliche Auffassungen und eine vorherrschende Einschätzung, dass die Gründung einer Opposition in der ÖTV verfrüht sei, weil man nicht gegen die Bürokratie ankommen könne.

Was ist das Netzwerk? Eine breite Oppositionsgruppierung zuerst in der ÖTV und jetzt in ver.di. Die Initiative zur Gründung ging weitgehend von der SAV

aus, aber auch von KollegInnen, die das Niedersfelder Manifest formuliert hatten. Im Netzwerk arbeiten Mitglieder verschiedener politischer Organisationen, wie SAV, DKP, GAM mit Vertrauensleuten und Betriebsräten, die nicht politisch organisiert sind zusammen. Das Netzwerk organisiert zweimal jährlich bundesweite Treffen, bei denen ein Sprecherrat gewählt wird. Das Netzwerk versteht sich auch nicht als die einzige linke Opposition in ver.di und hat keinen Alleinvertretungsanspruch. Nach der ver.di-Gründung hat es zur Bildung einer breiten ver.di-Linken aufgerufen. Es versteht sich aber als ein Anfang zur Bildung einer breiten Opposition gegen die ver.di-Führung und hat sechs Jahre erfolgreicher Arbeit hinter sich. Das Netzwerk als reines SAV-Projekt zu beschreiben entbehrt jeglicher Grundlage. Die RSB-GenossInnen sollten einfach mal mit den aktiven Netzwerk-Mitgliedern sprechen.

Die SAV tritt für die engste Zusammenarbeit der Linken in den Gewerkschaften ein. Wir sind aktiver Teil der Gewerkschaftslinken und ein SAV-Mitglied ist als Vertreter des Netzwerks im Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken vertreten.

Der RSB gibt auf der anderen Seite eine eigene RSB-Zeitung für das Gesundheitswesen heraus. Die Frage sei erlaubt, wieso dies nicht als Projekt mit anderen kritischen KollegInnen aus diesem Bereich betrieben wird beziehungsweise wie diese Zusammenarbeit im Gesundheitswesen aussieht und weshalb sie nicht in Kooperation mit dem Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di betrieben wird.

Beispiel Socialist Alliances in England

Auch hier müssen leider erst einmal Fakten klargestellt werden: Die Socialist Alliance entstand nicht im Jahr 2000, sondern 1996 nachdem die Gründung der Socialist Labour Party nicht zu einer neuen, breiten und demokratischen Partei geführt hatte, sondern einen neuen bürokratisch-zentralistischen Apparat hervorgebracht hatte. Die Socialist Party (SP), Schwesterpartei der SAV in England und Wales, gehörte zu den Initiatoren der Alliance, Vorsitzender wurde der SP-Stadtrat Dave Nellist (der in den 80er Jahren als Marxist für die Labour Party im Parlament saß). Sie verstand sich als Bündnis verschiedener Organisationen und weniger Einzelpersonen und diente vor allem dazu Wahlabsprachen durchzuführen. Im Jahr 2000 trat die Socialist Workers Party (SWP) ein und konnte aufgrund ihrer numerischen Überlegenheit fortan die Socialist Alliance dominieren.

Die SP tritt, wie auch die SAV in Deutschland, für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Eine neue Arbeiterpartei ist aber nicht die Fusion der bestehenden begrenzten sozialistischen Kräfte, sondern kann nur auf der Basis

großer Ereignisse und Klassenkämpfe entstehen. Heute können Schritte unternommen werden, die die Entstehung einer Arbeiterpartei beschleunigen und erleichtern können. Wir würden auch die Schottische Sozialistische Partei nicht als eine neue Arbeiterpartei bezeichnen, obwohl sie offensichtlich eine höhere Verankerung in Teilen der Arbeiterklasse hat, als die Socialist Alliance. Aber auch die SSP ist nur ein möglicher Nukleus für eine zukünftige Massenpartei der schottischen Arbeiterklasse. Diese wird vor allem durch die Einbindung betrieblicher und gewerkschaftlicher AktivistInnen und neuer KämpferInnen gekennzeichnet sein. Mit einer korrekten Politik können linke Bündnisse (oder Parteien wie die SSP) ein Katalysator für die Entstehung neuer Arbeiterparteien sein, bei falscher Politik, wie im Fall der SLP, können sie ein Hindernis sein und den Entstehungsprozess verkomplizieren und verzögern. Unter der Führung und Dominanz der SWP läuft die Socialist Alliance Gefahr letzteres zu werden.

Es gibt offensichtlich eine unterschiedliche Einschätzung darüber, was die Socialist Alliance heute repräsentiert und welches gesellschaftliche Gewicht sie hat.

Die Socialist Alliance hatte weniger als 2000 Mitglieder bevor die SP auf der Konferenz im Dezember 2001 sich gezwungen sah, die Alliance zu verlassen. Wie der RSB selber schreibt waren von 700 KonferenzteilnehmerInnen einhundert nicht in einer anderen Organisation Mitglied, also ein Siebtel. Das bedeutet, die Alliance wird weiterhin von den Mitgliedsorganisationen ausgemacht - und hier eben von der SWP, die behauptet sie habe alleine über 10.000 Mitglieder. Die Socialist Alliance hat bei den britischen Unterhauswahlen im Mai 2001 in den Wahlkreisen, in denen sie angetreten ist, durchschnittlich 1,7 Prozent erhalten. Das ist sicherlich ein Achtungserfolg, drückt aber gleichzeitig die begrenzte Verankerung in der Arbeiterklasse aus. Die SP ist die einzige Mitgliedsorganisation, die gewählte Stadträte hat (sechs in drei verschiedenen Städten) und die die meisten Mitglieder in nationalen Gewerkschaftsvorständen hat (elf in mehreren Gewerkschaften). Damit hat die SP zwar weniger Mitglieder als die SWP, aber doch eine größere Verankerung in der Arbeiterklasse.

Die Socialist Alliance ist also weit davon entfernt eine neue Partei der Arbeiterklasse zu sein und breitere Schichten von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu organisieren. Tatsächlich ist der Gedanke falsch, dass sich radikalisierende und politisierende ArbeiterInnen in Zukunft vor allem durch die Alliance bewegen werden. Dafür gibt es auch schon reichlich Beispiele.

Die SP argumentiert deshalb für eine breite, föderalistische und demokratische Struktur, die es allen Mitgliedsorganisationen und lokalen Arbeitergruppen ermöglicht, Teil der Alliance zu sein, aber ihre lokale Politik fortzuführen

und nicht von einer Mitgliedsorganisation dominiert zu werden. Unter der Führung der SWP hat sich die Alliance leider in eine entgegengesetzte Richtung entwickelt. Sie nimmt eine ultimativistische Haltung gegenüber ArbeiterInnen ein, die aus Kämpfen heraus an Wahlen teilnehmen wollen, dies aber nicht unter dem Banner der Alliance machen wollen. Bei den Londoner Kommunalwahlen haben U-BahnarbeiterInnen eine eigene Liste aufgestellt, die „Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn“. Diese hatte natürlich kein sozialistisches Programm, wurde aber von der Londoner Bahnarbeitergewerkschaft unterstützt und repräsentierte somit einen wichtigen Schritt im Kampf für die Trennung der Gewerkschaften von New Labour und der Selbstorganisation der Arbeiterklasse. Die SP argumentierte damals für eine gemeinsame Liste von U-BahnarbeiterInnen und der Socialist Alliance, während sich die Alliance dazu entschloss gegen die U-BahnarbeiterInnen zu kandidieren.

Ein weiteres Beispiel sind die Nachwahlen zu einem Stadtratssitz im Londoner Stadtteil Hackney im Mai 2001. Hier stellten die städtischen Beschäftigten, die sich seit Monaten in einem Kampf gegen Privatisierungen und Entlassungen befanden, einen eigenen Arbeiterkandidaten auf (nachdem ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann nominiert wurde, aber aus rechtlichen Gründen nicht kandidieren durfte, wurde von den KollegInnen das SP-Mitglied und führender Aktivist der „Kampagne für eine demokratische und kämpferische UNISON“ Glenn Kelly als Kandidat aufgestellt) und appellierten an die lokale Allianz, diesen zu unterstützen. Wieder ignorierte die Allianz eine solchen wichtige Entwicklung in der Arbeiterklasse und stellte eine eigene Kandidatin auf, was dazu führte, dass die Allianz jegliche Unterstützung unter den kämpfenden ArbeiterInnen verlor.

Solche Methoden schrecken ArbeiterInnen ab und werden verhindern, dass sich die Allianz weiter entwickeln kann. Die SWP hat eine zentralistische Struktur innerhalb der Allianz durchgesetzt, die der landesweiten Leitung weitgehende Rechte auch über die Aufstellung von örtlichen KandidatInnen etc einräumt. Das Prinzip, dass jedes Mitglied eine Stimme erhält ist nur auf den ersten Blick demokratisch. Würde es sich um eine wirklich auf Einzelmitgliedern basierende Organisation handeln, würde die SP eine solche Struktur selbstverständlich unterstützen, aber in der Realität bedeutet sie, dass die SWP aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke die Alliance weitgehend kontrollieren kann und eine Alleinherrschaft ausüben kann. Der Geist, mit dem die SWP diese Dominanz ausübt zeigt sich auch in der Tatsache, dass ihr Satzungs-vorschlag bei der Konferenz weniger als 60 Prozent der Stimmen erhielt und sie ihn trotzdem durchsetzte. Aus diesem Grund sah sich die SP gezwungen, die Alliance zu verlassen, hat aber deutlich gemacht, dass sie eine weitere

Zusammenarbeit und vor allem Wahlabsprachen anstrebt.

Die anderen, deutlich kleineren Mitgliedsorganisationen in der Alliance haben eine übertrieben Einschätzung der Alliance, hier ist der Wunsch Vater des Gedankens. Sie haben auch nicht erkannt, dass die grundlegenden Methoden der SWP sich nicht verändert haben. Stattdessen hoffen sie, die SWP könne nur aufgrund ihrer Größe die Alliance zu einer bedeutenden Kraft machen und haben sich an ihren Rockzipfel gehängt. Lehrreiche Erfahrungen aus Irland (wo die Socialist Alliance aufgrund der dominierenden Politik der SWP zusammengebrochen ist und aufgelöst wurde) und Wales (wo die Alliance eine zentralistische Struktur bisher abgelehnt hat) werden nicht zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auf eine Veröffentlichung der SP hinweisen. In der Broschüre „The case for a new worker`s party“ erklärt sie ihre Haltung zu dieser Frage ausführlich. Ein weiterer Artikel dazu findet sich im Anhang dieser Stellungnahme.

Schlussbemerkung

Wir stimmen mit der Aussage des RSB überein, dass es viele Felder gibt, in denen Aktionseinheit unter Linken (über revolutionäre Kräfte hinaus) angesagt ist: Der Kampf gegen Krieg und Militarisierung, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Privatisierungen und Entlassungen, beim Aufbau einer starken linken Opposition in den Gewerkschaften, Kandidaturen bei Wahlen, beim Aufbau der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung. Gleichzeitig denken wir, dass es sich dabei um Aktionseinheiten handeln sollte und die Schaffung einer der englischen Alliance ähnelnden Struktur in Deutschland ein verfrühter Schritt wäre, der Gefahr laufen würde, eine Totgeburt zu werden. Trotzdem sollten gerade die Kräfte, die sich auf den revolutionären Marxismus berufen, weitere Möglichkeiten der Kooperation nutzen. Diese sehen wir vor allem in der Arbeit in breiteren Strukturen, also in Antikriegsbündnissen, der Gewerkschaftslinken oder bei ATTAC. Dabei sollten solche Gespräche nicht als Selbstzweck, sondern Hebel zum Handeln verstanden werden. Dazu hat die SAV, wie zum Beispiel in Berlin, schon vielfach die Initiative ergriffen und unsere Offenheit in dieser Frage ist hinreichend bekannt.

Die Socialist Alliances in England

(aus: Sascha Stanicic: Welcher Weg zum Sozialismus? – eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck)

Großbritannien vor der Wahl – Die sozialistische Herausforderung

Kaum ein europäischer Staat wurde in den letzten zwölf Monaten ähnlich von Krisen und Katastrophen getroffen, wie Großbritannien. Im letzten Herbst führte die Ölkrise zu einer Protestbewegung, die das Land lahmlegte. BSE und Maul- und Klauenseuche zerstören die Landwirtschaft, die Industrie ist von Werkschließungen und Massenentlassungen betroffen. Vor diesem Hintergrund werden am 7. Juni die Parlamentswahlen stattfinden. Bei diesen wird Tony Blair es nicht nur mit seinen traditionellen konservativen und liberalen Herausforderern zu tun haben, sondern auch mit der größten Kandidatur links von der Labour Party seit 50 Jahren.

Die Sozialistische Allianz in England und Wales, ein Bündnis verschiedener sozialistischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen und die Schottische Sozialistische Partei (SSP) (eine neue breite sozialistische Partei) planen in 170 Wahlkreisen anzutreten. Die Sozialistische Partei (SP), Schwesterpartei der SAV in England und Wales, und auch die schottische Schwesterorganisation der SAV sind aktiver Teil der Allianz bzw. der SSP. Dave Nellist, SP-Stadtrat in Coventry ist Vorsitzender des nationalen Netzwerks der Sozialistischen Allianzen. In England und Wales werden zehn SP-Mitglieder als KandidatInnen der Sozialistischen Allianz antreten und zwei weitere werden als SP-Kandidaten antreten.

Was ist die Allianz?

Die Entstehung der SSP und der Sozialistischen Allianz ist eine Entwicklung, die auch unter SozialistInnen in Deutschland wahrgenommen und diskutiert wird und die von manchen als ein Modell für die Zusammenarbeit von SozialistInnen und die Erreichung linker Einheit gesehen wird. Ein genauer Blick auf die Sozialistische Allianz ist deshalb sinnvoll.

Diese wurde Mitte der 90er Jahre gegründet und brachte die SP, kleinere sozialistische Gruppen und einzelne AktivistInnen zusammen. Hintergrund der Entstehung war der extreme Rechtsruck der Labour Party und die Verwandlung dieser früheren Arbeiterpartei in eine durch und durch bürgerliche, kapitalistische Partei. Diese Entwicklung konfrontierte die Linke mit neuen Aufgaben: zum einen stellte sich die Frage bei Wahlen gegen Labour anzutreten, zum anderen die Frage, wie eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden kann.

Die Sozialistischen Allianzen entwickelten sich zuerst auf örtlicher Ebene und bildeten später ein nationales Netzwerk. Sie sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, Wahlabsprachen unter linken Gruppen zu ermöglichen, um zu verhindern, dass verschiedene linke KandidatInnen gegeneinander antreten und verstanden sich, neben den linken Oppositionsstrukturen in den Gewerkschaften und Ein-Punkt-Bewegungen, als Teil des Prozesses, eine linke Arbeiteralternative zu Blairs Labour Party aufzubauen.

Somit markierten die Allianzen keine neue Partei oder einheitliche Organisation, sondern ein (Wahl-)Bündnis. Dabei verstand sich die Sozialistische Allianz als eine offene und demokratische Struktur, in der die Unterschiede zwischen den verschiedenen teilnehmenden Organisationen anerkannt wurden und versucht wurde, auf der Grundlage der Gemeinsamkeiten eine Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Rolle der SWP

Mitte 1999 trat die SWP in die Sozialistische Allianz ein. Das markierte eine 180-Grad-Wende der SWP. Über Jahrzehnte hatte sie sich gerade dadurch hervorgetan, dass sie nicht an linken Bündnissen teilgenommen hat (es sei denn diese standen unter ihrer völligen Kontrolle) und SozialistInnen, die an Wahlen teilgenommen haben als ReformistInnen und WahlfetischistInnen beschimpft hat. SP und SWP sind die einzigen sozialistischen Organisationen in der Allianz, die ihre Mitgliedschaft nicht in Dutzenden oder wenigen Hundert, sondern in Tausenden zählen können. Aufgrund ihrer relativ starken Basis unter Universitätsstudierenden ist die SWP deutlich größer als die SP und war so in der Lage die Sozialistische Allianz seit ihrem Eintritt zu dominieren und de facto zu übernehmen.

Demokratie oder Zentralismus

Mit der nun einsetzenden SWP-Dominanz in der Sozialistischen Allianz setzte ein Abbau von Demokratie und eine Zentralisierung der Allianz ein. Die SWP sieht die Allianz nicht als einen Schritt hin zu einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse. Sie ignoriert die Tatsache, dass die Allianz heute noch keine Massenkraft ist und sich ArbeiterInnen nicht nur durch die Allianz politisch aktivieren. Anstatt zum Beispiel anzuerkennen, dass es sinnvoll sein kann aus örtlichen Kämpfen heraus lokale Wahlbündnisse zu schließen, vertritt die SWP den Anspruch, dass die Allianz die einzige mögliche Wahlalternative darstellt. Die SWP versuchte auch die Rechte der anderen Mitgliedsorganisationen innerhalb der Allianz zu beschränken, zum Beispiel in dem sie vorschlug, dass nur noch politisches Material der Allianz verteilt und verkauft werden soll. Die demokratischen Strukturen der Allianz ignorierend hat die SWP zum Beispiel im Namen der Allianz Stellungnahmen abgegeben, zu denen es keine Beschlüsse gab und Beschlüsse der Konferenz der Allianz ignoriert.

Beispiel Kommunalwahl in London

Bei den Londoner Kommunalwahlen trat neben der Londoner Sozialistischen Allianz (LSA) auch die Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn (CATP) an. Dieser Liste von ArbeiterInnen war aus dem Kampf gegen die U-Bahnprivatisierung entstanden und genoss die Unterstützung der Gewerkschaft der U-Bahnbeschäftigten. Die SP trat im Vorfeld der Kommunalwahlen für eine größtmögliche Einheit der Linken auf und schlug eine gemeinsame Liste von LSA und CATP vor. Als dies von der CATP-Führung abgelehnt wurde, schlug die SP vor, dass die LSA bei der stadtweiten Listenwahl nicht gegen die CATP antreten sollte und stattdessen nur KandidatInnen in den Wahlkreisen aufstellen sollte (vergleichbar mit Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen in Deutschland).

Dies lehnte die SWP ab und die LSA trat gegen die CATP an, die linken Stimmen wurden gespalten. Die SWP hat auch in anderen Fällen ArbeiterInnen, die eine Arbeiterliste bilden wollten das Ultimatum gestellt: Entweder ihr tretet der Sozialistischen Allianz bei oder diese wird gegen euch kandidieren. Im Fall der Nachwahl zu einem Stadtratsposten im Londoner Stadtteil Hackney hat die SWP-geführte Allianz genau das gemacht. Die Beschäftigten der dortigen Stadtverwaltung befinden sich seit Monaten im Kampf gegen Kürzungspolitik und Arbeitsplatzabbau. Die Mehrheit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben sich entschlossen einen Arbeiterkandidaten bei dieser Nachwahl aufzustellen. Als Kandidat wurde der führende Gewerkschaftslinker und Socialist Party-Mitglied Glenn Kelly aufgestellt. Weitere einhundert ArbeiterInnen haben seine Kandidatur namentlich unterstützt. Die Sozialistische Allianz in Hackney sieht darin nicht einen wichtigen Schritt von ArbeiterInnen auf dem Weg die Bühne des politischen Kampfes zu betreten, sondern eine Bedrohung ihrer eigenen Position und hat ebenfalls eine Kandidatin für diese Wahl aufgestellt, anstatt den Arbeiterkandidaten zu unterstützen.

Letztlich erzielte die LSA bei der Listenwahl 1,85 Prozent und die CATP 1,12 Prozent – der Einzug eines linken Kandidaten in den Stadtrat wurde verfehlt. In einigen Wahlkreisen konnte die LSA aber bis zu sieben Prozent erzielen.

Wahlergebnisse

Die SP ist die einzige sozialistische Partei in England und Wales, die bei Kommunalwahlen Stadtratssitze erobern konnte. Sie konnte in den letzten Jahren fünf Sitze in Coventry und Lewisham/London gewinnen. In Preston ist ein bis dahin unabhängiger Stadtrat kürzlich in die SP eingetreten. In den letzten vier Jahren war die SP in über 200 Wahlkreisen bei Kommunalwahlen angetreten und konnte im Durchschnitt 8,3 Prozent erreichen. Damit ist sie innerhalb der Allianz mit Abstand die Partei, die den höchsten Bekanntheitsgrad und Verankerung bei Wahlen hat (nebenbei bemerkt ist die SP auch die Partei mit der größeren Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften, so sind SP-Mitglieder in die Vorstände verschiedener nationaler Gewerkschaften gewählt worden).

In den letzten Monaten konnten KandidatInnen der Sozialistischen Allianz bei verschiedenen Nachwahlen zwischen fünf und elf Prozent erlangen, was Ausdruck der Möglichkeiten für linke Wahlerfolge ist.

Vor den Parlamentswahlen

Auseinandersetzungen innerhalb der Allianz gab es auch bei der Kandidatenauswahl für die im Juni 2001 anstehenden Parlamentswahlen. Die SWP wollte die Kandidatenauswahl in den lokalen Allianzgruppendurchführen, was ihr die Möglichkeit gegeben hätte, diese durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den meisten Fällen zu bestimmen (ähnliches war vor der Londoner Kommunalwahl geschehen). Durch die Haltung der SP, die diese undemokratischen Maßnahmen ablehnte, konnte ein Kompromiss erzielt werden, der es der SP ermöglicht zehn KandidatInnen für die Allianz aufzustellen und einen eigenständigen Wahlkampf zu führen.

Wie weiter?

Zur Zeit besteht die Sozialistische Allianz fast ausschließlich aus bestehenden sozialistischen Parteien und Organisationen und einigen unorganisierten „Altlinken“. Bisher unorganisierte und nichtaktive ArbeiterInnen und Jugendliche oder GewerkschaftsaktivistInnen sind kaum aktiv geworden. Um die Allianz auf dieser Grundlage lebensfähig zu halten argumentiert die SP, dass die Unterschiede zwischen den teilnehmenden Gruppen anerkannt werden müssen, die Allianz eine föderale und äußerst demokratische Struktur haben soll, die teilnehmenden Gruppen die Freiheit haben sollen, ihr eigenes Material zu verbreiten und die Allianz keinen Alleinvertretungsanspruch bei Wahlen annehmen darf. Dies steht im Widerspruch zum Vorgehen der SWP, die die Allianz zur Zeit dominieren kann. Die Politik der SWP gefährdet die Zukunft der Allianz. Sie schreckt ArbeiterInnen und Jugendliche ab, die beginnen an Kämpfen teilzunehmen und auf der Suche nach einer politischen Alternative sind. Die Sozialistische Allianz könnte das Schicksal der Socialist Labour Party des Bergarbeiterführers Arthur Scargill erleiden. Diese wurde 1996 mit großen Erwartungen gegründet, ist aber seitdem wieder in der Versenkung verschwunden, weil die Parteiführung eine extrem zentralistische und undemokratische Struktur durchgesetzt hatte.

Eine neue Massenpartei der Arbeiterklasse wird sich nicht geradlinig von heute auf morgen entwickeln. Sie wird sich aus verschiedenen Quellen speisen: den Gewerkschaften, Ein-Punkt-Bewegungen, lokalen Wahlbündnissen und möglicherweise auch der Sozialistischen Allianz. Um diese verschiedenen Quellen zusammenzuführen bedarf es aber einer konstruktiven und demokratischen Vorgehensweise. Versuche einzelner Gruppen, diese Prozesse zu kontrollieren können nur zum Scheitern verurteilt sein. Wenn die Sozialistische Allianz – unter der Führung der SWP – so weiter macht, könnte sie von einem Hebel zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei zu einem Hindernis werden.

Die SP wird weiterhin alles daran setzen die Sozialistische Allianz zu einem effektiven und demokratischen Bündnis zu machen. Wir unterstützen den Aufbau einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse. Während wir weiterhin gleichzeitig eine revolutionäre Partei aufbauen, wird eine neue Arbeiterpartei ein wichtiger Schritt dabei sein, ArbeiterInnen in politische Aktivität zu bringen und wird den Aufbau einer revolutionären Massenpartei in der Zukunft erleichtern.

Preis: 0,60 EUR